

**29  
—  
77**

# Union in Deutschland

Bonn, den 11. August 1977

## Gesetzesflut stoppen

**Immer stärker stöhnen die Bürger unseres Landes, die Verwaltungen, die Unternehmen unter der Flut zu vieler, zu komplizierter und zu praxisferner Rechtsvorschriften, die zu häufig und zu schnell wieder geändert werden. Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins sprach von der „großen Sorge“ über die zunehmend unverständliche Sprache, Form und Gestaltung neuer Gesetze. Hierzu stellt Helmut Kohl fest:**

CDU und CSU haben bereits in der letzten Legislaturperiode und in diesem Jahr Initiativen im Deutschen Bundestag ergriffen, und die Bundesregierung aufgefordert, endlich konkrete Vorschläge zur Reduzierung und Vereinfachung des Rechtsstoffes zu machen, die Gesetze und Rechtsverordnungen künftig verständlicher zu formulieren und den voraussichtlichen Verwaltungsaufwand ihrer Gesetze zu ermitteln.

Die Reaktion der Bundesregierung war jedesmal enttäuschend. Sie beschränkt sich auf die Beschreibung der Situation und lässt jedes ernsthafte Bemühen vermissen, die Gesetzesflut einzudämmen, den Rechtsstoff zu vereinfachen, den Verwaltungsaufwand zu vermindern und die Sprache und den Inhalt der Gesetze verständlicher zu ma-

Weiter auf Seite 2

### ■ ARBEITSLOSE

Ideologische Scheuklappen hindern die SPD/FDP-Koalition daran, volkswirtschaftlich vernünftige Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur finanziellen Absicherung der Rentenversicherung zu ergreifen.

Seite 4

### ■ TERRORISMUS

Die 16 Thesen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vom Bundesfachausschuss Innenpolitik der CDU.

Seite 7

### ■ STEUERN

Die Antwort der Union auf die Erklärung der Bundesregierung zur Verabschiedung ihres Steuerpakets: Die Regierung hat sich geirrt.

Seite 11

### ■ RUNDFUNK

Ministerpräsident Stoltenberg gibt eine Zusammenfassung der Gründe für die Ankündigung seiner Landesregierung, den Staatsvertrag über den NDR im nächsten Jahr fristgemäß zu kündigen.

Seite 13

### ■ DOKUMENTATION

Das Konzept der CDU zur Ausländerpolitik berücksichtigt die gegenwärtige und mittelfristig zu erwartende Arbeitsmarktlage und dient dazu, die soziale Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in unsere Gesellschaft zu erleichtern.

Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

chen. Die hektische Betriebsamkeit der Koalitionsparteien vor der Sommerpause hat im 20. Rentenanpassungsgesetz und im Krankenversicherungskosten-dämpfungsgesetz (dies ist die „Kurzbezeichnung“) zwei schlimme Beispiele geschaffen, wie sie nicht sein darf.

Man muß nur einmal nachlesen, wie das Gesetz die Verfahrensweise bei der Rentenanpassung festgelegt hat. Kaum einer unserer älteren Mitbürger wird in der Lage sein, diese Bestimmungen, die ihn unmittelbar angehen, zu verstehen. Und vom Kostendämpfungsgesetz wußte die Regierung schon vor seiner Verabschiedung, daß es die Gerichte mit einiger Wahrscheinlichkeit anders auslegen und anwenden werden, als es die Gesetzesautoren wünschen. Für diesen Fall will die Bundesregierung durch eine Novellierung Klarheit schaffen.

Auch die „Reform“ des Ehe- und Scheidungsrechts wurde vom Deutschen Anwaltsverein als „besonders abschreckendes Beispiel“ unverständlicher Gesetze bezeichnet. Dies sind keine Einzelfälle und es wäre verfehlt, die Schuld bei den an der Gesetzesvorbereitung beteiligten Beamten zu suchen. Die Ursachen liegen tiefer.

**Gegenwärtig sind als Bundesrecht etwa 1 480 Gesetze und 2 280 Rechtsverordnungen in Kraft. Davon sind etwa 890 Gesetze und mehr als 1 400 Rechtsverordnungen seit 1969 entstanden oder geändert worden. Hier hat die SPD/FDP-Koalition wahrgemacht, was Willy Brandt 1969 mit dem hochmütigen Satz ankündigte: Jetzt fangen wir erst richtig**

**an. Spuren hat diese Betriebsamkeit auch im Bundesgesetzblatt hinterlassen.**

In der ersten Legislaturperiode 1949 bis 1953 hatte es einen Umfang von 4 300 Seiten. Noch in der fünften Legislaturperiode 1965—1969 reichten 6 000 Seiten aus. Aber bereits in der siebten Legislaturperiode unter der SPD/FDP-Regierung schwoll das Volumen unserer Gesetzesammlung auf 12 800 Seiten an.

Mehr Staat erlebten wir nicht nur „auf dem Papier“. Um diese Gesetzeslawine zu verarbeiten, benötigte die Verwaltung auf allen staatlichen und auf der kommunalen Ebene mehr Mitarbeiter.

**Die Zahl der öffentlichen Bediensteten stieg in der Zeit zwischen 1961 und 1969 im Jahresdurchschnitt noch um 45 000 an. Dies wirkt fast bescheiden, verglichen mit den 105 000 Mitarbeitern, die seit 1969 bis 1975 jährlich das Heer der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes vergrößerten.**

Wer einmal wie die SPD die inneren Reformen nach Hunderten gezählt und darüber stolz eine Rekordliste geführt hat, der hat die Sorgfalt und den Ernst aufgegeben, ohne die gute Gesetze nicht entstehen können.

Die Übersichtlichkeit des Rechts, seine Klarheit und Verständlichkeit wiederherzustellen, den Rechtsstoff und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, dies ist eine große Aufgabe. Die Bundesregierung muß sich ihrer endlich energisch annehmen. Die CDU/CSU wird zum Thema Rechts- und Verwaltungsvereinfachung im Bundestag einen Antrag einbringen.

## ■ INFORMATION

### Anstieg der Sozialhilfe stoppen

Für eine Begrenzung des Anstiegs der Ausgaben für die Sozialhilfe hat sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) ausgesprochen. Im ZDF sagte Stoltenberg, es könne nicht so weitergehen, daß jedes Jahr die Sozialhilfekosten um etwa 16, 18, 20 Prozent steigen. Er halte es nicht für vertretbar, daß Rentner nach einer 25- oder 30jährigen Berufstätigkeit oder Arbeitnehmer in bestimmten Bereichen, wie beispielsweise im Einzelhandel, geringere Bezüge oder Netto-Einkommen erhielten als Sozialhilfeempfänger. Nach Auffassung des CDU-Politikers könnte die jährliche Erhöhung der Sozialhilfeleistung möglicherweise nicht mehr an die Rentenversicherungsformel geknüpft werden, sondern an andere Faktoren, wie beispielsweise den Anstieg der Lebenshaltungskosten.

### Säuglingssterblichkeit zu hoch

Zehn Fragen haben Abgeordnete der CDU/CSU im Bundestag eingebracht, um Auskunft über die Sterblichkeit bei Säuglingen und Müttern zu erhalten. MdB Stephan Reimers sagte dazu, die Sterberate in der Bundesrepublik sei nach wie vor im Vergleich zu europäischen Nachbarländern hoch. So seien 1975 immer noch 20 von 1 000 Neugeborenen im ersten Lebensjahr gestorben. 43 von 100 000 Müttern seien im selben Jahr bei der Geburt gestorben. Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik bei der Säuglingssterb-

lichkeit auf dem 14. Platz, und die Sterblichkeit der Mütter ist sogar gegenüber früheren Jahren wieder angestiegen. Die Abgeordneten wollen vor allem wissen, ob nach den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und den in der Praxis schon vorhandenen Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge die Sterberaten gesenkt werden können.

### Kampf für Menschenrechte

18 000 Unterschriften konnte der RCDS in den letzten Wochen an den Hochschulen der Bundesrepublik für zwei politische Gefangene aus Chile und der Sowjetunion sammeln. Die Aktion stand unter dem Motto „Kampf für Menschenrechte ... überall“ und hatte das Ziel, auf die noch heute existierenden groben Mißachtungen von Menschenrechten und Menschenwürde in vielen Ländern hinzuweisen.

### Kostenanstieg im Gesundheitswesen gebremst

Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen ist im ersten Quartal 1977, also schon vor Inkrafttreten des neuen Kostendämpfungsgesetzes, erstmals seit vielen Jahren hinter den Steigerungsraten der Löhne und Gehälter zurückgeblieben. Am stärksten ließ der Kostenanstieg bei den Medikamenten nach, 1975 betrug er noch dreizehn Prozent, im ersten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1976 nur noch 2,7 Prozent.

### Von SPD zur DKP

Zehn Münchener SPD-Mitglieder sind zur DKP übergetreten, darunter der frühere Juso-Sekretär Hallermayer.

## ■ ARBEITSLOSE

### **Staatlicher Dirigismus hilft nicht weiter**

**Die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen über die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Monat Juli — Arbeitslose insgesamt 972 624, wobei insbesondere der Anstieg der Quote der arbeitslosen Jugendlichen von 3,8 % im Juni 1977 auf nunmehr 4,5 % auffällig ist — bieten weiterhin keinen Anlaß zum Optimismus. Sie erhärten lediglich die Befürchtung, daß sich der Trend zu mehr Arbeitslosigkeit wieder verstärkt. Hierzu der sozial-politische Sprecher der Bundestagsfraktion, Heinz Franke:**

**F**estzustellen bleibt, daß es trotz vielfältiger Vorschläge der Bundesregierung bislang nicht gelungen ist, unter Beteiligung aller Verantwortlichen dieser beängstigenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. Verschärft wird diese Entwicklung durch die Tatsache, daß sich die Annahmen hinsichtlich der Beitragseingänge der Rentenversicherungsträger in letzter Zeit nicht erfüllt haben, so daß schon jetzt abzusehen ist, daß nach dem soeben verabschiedeten 20. Rentenanpassungsgesetz weitere Sanierungsmaßnahmen für eine finanzielle Absicherung der gesetzlichen Rentenversicherung ebenso unausweichlich sind, wie mögliche strukturelle Veränderungen unseres gesamten Systems der sozialen Sicherung auf Dauer nicht mehr auszuschließen sind.

So sehr sich die SPD/FDP-Koalition darauf versteht, Rechtfertigungsgründe

für diese Entwicklung anzuführen, so sehr muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie es bislang nicht vermocht hat, wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durchzusetzen.

Sicherlich wird es kaum möglich sein, ein Patentrezept zur Lösung dieses Problems anzubieten. Kein Zweifel sollte aber darüber bestehen, daß nicht durch staatlichen Dirigismus, sondern nur auf der Grundlage unserer Sozialen Marktwirtschaft die Voraussetzungen geschaffen werden können, um die arbeitsmarktpolitische Situation wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu bringen.

Diese Erkenntnis scheint sich auch allmählich in den Reihen der SPD durchzusetzen, wenn Herr Koschnick die Zahl von einer Million Arbeitslosen als Anklage für jeden Sozialdemokraten bezeichnet und sich für Lösungen ausspricht, die liberal und freiheitlich, mindestens aber sozial gerecht sind. Ein sich derart abzeichnender Gesinnungswandel abseits aller ideologischer Vorstellungen wäre zumindest ein erster Schritt in die Richtung, dieses Problem sachgerecht lösen zu wollen. Jedoch muß man Zweifel daran haben, ob auch die linken Kräfte innerhalb der SPD einer solchen Regelung den Vorzug geben würden.

Hinzu kommt noch, daß die in jüngster Zeit widersprechenden Aussagen der Koalitionsfraktionen SPD und FDP in der Steuerfrage den unheilvollen Trend des Vertrauensschwundes bei Bürger und Wirtschaft in die SPD/FDP-Regierung weiter verstärkt haben und damit die dringend notwendige Umkehr zu einer wirtschaftlichen Besserung verhindern.

## ■ TERRORISMUS

# Der geistige Sumpf muß trockengelegt werden

**Die Äußerungen führender Mitglieder der Bundesregierung zur Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto beweisen erneut die Konzeptionslosigkeit der SPD/FDP-Koalition bei der Terroristenbekämpfung: Dieselben Worte des Abscheus, der Empörung und der Verurteilung zu dem Attentat wie sie die Bundesregierung bisher zu allen mörderischen Gewalttaten der Terroristen gefunden hat. Worte, die wir aus der Vergangenheit zur Genüge kennen, denen aber bisher Taten kaum gefolgt sind.**

In nachfolgenden Interview nimmt Alfred Dregger zu der Frage Stellung, welche Konsequenzen aus dem neuen Gewaltakt linker Terroristen gezogen werden müssen.

**Frage:** Der Mord an dem Bankpräsidenten Jürgen Ponto hat in der Bevölkerung Entsetzen, aber auch eine Reihe von brennenden Fragen aufgeworfen. Was kann der Staat tun, um sich erfolgreicher gegen diese Anschläge zu wehren und seine Bürger besser zu schützen?

**Alfred Dregger:** Alle Staatsorgane müssen die Aufgaben erfüllen, die ihnen von der Verfassung auferlegt sind. Vor allem muß der Gesetzgeber jene gesetzlichen Instrumente bereitstellen, die es Justiz und Polizei erst ermöglichen, diesen Kampf erfolgreich zu führen.

Das ist bisher nicht ausreichend geschehen. Die ständig wiederholten Vorschläge der CDU/CSU, zum Beispiel die Verteidigerüberwachung einzuführen und die Sicherungsverwahrung gegenüber Gewaltverbrechern zu verhängen, sind leider am Widerstand von SPD und FDP gescheitert. Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden — getragen vom Vertrauen der Bürger und mit der Rückendeckung der politischen Führung —, energisch durchzugreifen und die erforderlichen Entscheidungen zügig zu treffen.

**Frage:** Das gilt für die sogenannten Aktivisten. Man hört aber immer wieder von einer vieltausendköpfigen Sympathisantengruppe?

**Alfred Dregger:** Das ist das allerwichtigste: daß der geistige Sumpf trockengelegt wird, aus dem die Anarchisten kommen. Sie kommen nicht aus den Fabriken, sondern aus den Hörsälen der Universitäten. Wer wie ich in Hessen seit Jahren verfolgt, wie Marxisten in Schulbüchern über Rahmenrichtlinien und in der Lehrerausbildung unser System verunglimpfen, wundert sich nicht über die Folgen, die wir heute erleben. Wer junge Menschen zur Verachtung dieses Staates und seines Systems erzieht, muß damit rechnen, daß aus der Systemverachtung Terrorismus entsteht.

**Frage:** Was können nach Ihrer Meinung die Bürger selber tun, um zum Kampf gegen den Terrorismus beizutragen?

**Alfred Dregger:** Die Bürger können Polizei und Justiz unterstützen, indem sie aufmerksam die Fahndungsersuchen verfolgen, ihre Augen offenhalten und durch Rat und Tat bei der Verfolgung der Täter mitwirken. Sie können aber auch ihre politischen Forderungen erheben, damit ihre Sicherheit durch eine bessere staatliche Gesetzgebung gewährleistet wird und Justiz und Exekutive ihren Aufgaben den heutigen Bedingungen entsprechend gerecht werden.

**Frage:** Ohne ihre Sympathisanten wären die Terroristen hilflos. Schöpft der Staat seine Machtmittel eigentlich aus, um gegen Sympathisanten vorzugehen?

**Alfred Dregger:** Daß 32 Jahre nach Hitler deutsche Studenten wieder den politischen Mord als Mittel des politischen Kampfes verherrlichen, wie es nach der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback geschehen ist, daß dies in Studentenblättern möglich ist, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, aus Steuergeldern und Zwangsbeiträgen aller Studierenden finanziert werden, zeigt, in welche Lage wir geraten sind.

Schlimmer noch finde ich die Tatsache, daß eine große Zahl von Hochschullehrern sich nicht gescheut hat, diese übeln, einen pflichtgetreuen Beamten über seinen Tod hinaus diskriminierenden „Nachrufe“ ohne klare Distanzierung noch einmal in einer sogenannten Dokumentation nachzudrucken.

Die Kultusminister werden zu prüfen haben, ob gegen diese Hochschullehrer Disziplinarverfahren wegen der Verletzung ihrer Pflichten einzuleiten sind. Wer heute noch nicht begriffen hat, um was es in Wahrheit geht, und Terroristen unterstützt, billigt ihr verbrecherisches Tun und wird zum Schreibtischtäter.

**Frage:** Die Terroristen scheinen besonders in Frankreich wichtige Stützpunkte zu haben. Was kann nach Ihrer Meinung geschehen, um solche Operationsbasen zu zerstören?

**Alfred Dregger:** Ich kann nicht beurteilen, ob die in Ihrer Frage liegende Feststellung zutrifft. Wir sind mit Frankreich eng verbunden und befreundet. Beide Regierungen haben kürzlich ein Abkommen über die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus unterzeichnet. Deshalb sollte einer engen Zusammenarbeit beim Kampf gegen Terroristen nichts im Wege stehen.

**Frage:** Nach Frankreich ist bekanntlich auch der Stuttgarter Baader-Meinhof-Anwalt Croissant geflohen, der mit dem jüngsten Mordanschlag auf den Bankier Jürgen Ponto wiederum in Verbindung gebracht worden ist. Wie ist es eigentlich möglich, daß Croissant trotz eines vorliegenden Auslieferungsantrags in Frankreich öffentlich auftreten, die freiheitlich-demokratische Bundesrepublik verleumden und den Terrorismus mit dem Aufstand gegen Hitler vom 20. Juli 1944 vergleichen kann?

**Alfred Dregger:** Offenbar kann Herr Croissant in Frankreich öffentlich auftreten, solange die Gerichte sich nicht mit dem Auslieferungsantrag befaßt haben. Nach meiner Meinung sollte er auch wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verfolgt werden. Es ist eine unglaubliche Beleidigung der Freiheitskämpfer des 20. Juli, die gegen einen totalitären Staat auftraten, weil er Deutschland ins Unglück stürzte, sie auch nur in einem Atemzug mit den Terroristen zu nennen, mit Leuten, die alle Vorteile unseres freiheitlich-demokratischen Staates mißbrauchen, um ihren angeblichen Freiheitskampf zu betreiben — in Wirklichkeit aber nur mordend durchs Land ziehen und unschuldige Menschen umbringen.

## ■ INNERE SICHERHEIT

# Vorbeugende Verbrechensbekämpfung verstärken

**Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat 16 Thesen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Der Vorsitzende des Ausschusses, Heinz Schwarz, hat sie in diesen Tagen der Presse vorgestellt:**

I. Innere Sicherheit als Ausdruck und Voraussetzung sozialen Friedens ermöglicht die freie Entfaltung der Person und solidarisches Zusammenleben, also menschenwürdige Lebensbedingungen. Der freiheitliche und soziale Rechtsstaat schützt seine Bürger und seine verfassungsmäßige Ordnung gegen alle Angriffe, wahrt den Rechtsfrieden und sorgt für Gerechtigkeit.

Der innere Frieden in einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie setzt Toleranz voraus. Die staatliche Toleranz achtet die persönliche Überzeugung und das Gewissen der Bürger. Der Staat ist aber berechtigt und verpflichtet, allen Kräften entgegenzutreten, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen.

II. Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung dient dem Ziel, Verbrechen zu verhindern und damit das Zusammenleben der Bürger sicherer zu machen. Deshalb ist die vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu intensivieren. Was die Polizei dazu tut, wird nur nutzen, wenn freie und staatliche Träger der Wohlfahrtspflege und Bürger aus eigener Initiative überall da helfend

eingreifen, wo Menschen sich dem Verbrechen zu nähern drohen. Alle, die an der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung mitarbeiten, müssen dazu angemessen instand gesetzt werden.

III. Die Gewaltkriminalität zeigt sich in der Mißachtung des Lebens, der Gesundheit und der körperlichen Unversehrtheit anderer. Der Schutz dieser Rechtsgüter genießt Vorrang vor dem Schutz von Sachgütern. Der Staat darf der steigenden Gewaltkriminalität nicht mit Zurückhaltung begegnen, wenn er glaubwürdig bleiben will. Wer die Gewaltkriminalität verarmlost, macht sich mitschuldig.

IV. Die Rauschgift- und Alkoholsucht hängt von den individuell unterschiedlichsten Entstehungsfaktoren wie von persönlichen Anlagen, gesellschaftlichen, lebensgeschichtlichen und altersspezifischen Einflüssen ab. Die Rauschgift- und Alkoholsucht gefährdet die Zukunft der Jugend. Zum Schutz der Jugend muß die gesamte Öffentlichkeit und nicht nur die Polizei diese Gefahren bekämpfen. Die vorrangige Aufgabe der Polizei ist hierbei die Unterbindung des Drogenhandels.

V. Die Wirtschaftskriminalität schädigt uns alle: den einzelnen Betroffenen, die Wirtschaft insgesamt und den Staat in seinen finanziellen Möglichkeiten. Sie gefährdet zudem das Vertrauen in unsere freie und soziale Marktwirtschaft. Die Eindämmung der Wirtschaftskrimi-

nalität setzt voraus, daß zur Erfassung ihrer Zusammenhänge vorhandene Einrichtungen wirksamer genutzt werden.

**VI.** Kriminelle Handlungen Jugendlicher sind in der Mehrzahl entwicklungsbedingt, also eine vorübergehende Erscheinung. Es ist besser, die Jugendlichen vor dem Strafbarwerden zu bewahren als sie bestrafen zu müssen.

**VII.** In der Bundesrepublik Deutschland leben Millionen Ausländer. Für die Erhaltung der inneren Sicherheit ist es wichtig, daß die Probleme, die sich daraus ergeben, rechtzeitig erkannt und flexibel gelöst werden. Den Problemen des illegalen Aufenthaltes und der politisch extremen Gruppen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

**VIII.** Um die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen, ist die Verkehrserziehung und -aufklärung zu verbessern, sind Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsüberwachung auszubauen. Die Verkehrsmittel müssen ständig sicherer werden.

**IX.** Das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit muß der Bedeutung entsprechen, die ihr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in unserem Staate zukommt. Damit wird der Beruf des Polizeibeamten attraktiv; nur so können qualifizierte Bewerber gewonnen werden.

**X.** Einheitliche Organisation und übereinstimmende Zuständigkeitsverteilung für Schutz- und Kriminalpolizei steigern die Wirksamkeit polizeilicher Einsätze und damit den Erfolg der Verbrechensbekämpfung. Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz sind in der täglichen Polizeiarbeit wie bei besonderen Einsätzen vermehrt zur Unterstützung heranzuziehen.

**XI.** Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und eine wirkungsvolle Ver-

brechensbekämpfung erfordern den Einsatz modernster Technik. Die Ausrüstung der Polizei ist entsprechend zu verbessern. Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz müssen für Großeinsätze bis hin zum Katastrophenfall entsprechend ausgestattet werden.

**XII.** Die im Grundgesetz festgelegte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern hat sich auf dem Gebiet der inneren Sicherheit bewährt. Der wechselseitige Informationsfluß und die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsorganen in Bund und Ländern sind zu verbessern.

**XIII.** Wirksame Verbrechensbekämpfung setzt eine intensive Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften voraus. Der Aufklärung muß alsbald die gerechte Strafjustiz folgen. Nur so kann das Strafrecht seine Aufgabe erfüllen, der Gesellschaft und dem einzelnen größtmöglichen Schutz vor Verbrechen zu gewähren.

**XIV.** Die große Beweglichkeit internationaler Verbrecher erfordert bessere internationale polizeiliche Zusammenarbeit. Damit der erwünschte Abbau von Grenzkontrollen die innere Sicherheit in Europa nicht beeinträchtigt, ist gleichzeitig für bessere polizeiliche Zusammenarbeit zu sorgen.

**XV.** Der Zivilschutz, der Katastrophenschutz, das Rettungswesen und die Notstandsversorgung sind auszubauen. Sonst kann in Notsituationen nicht wirksam geholfen werden.

**XVI.** Der Verfassungsschutz dient, wie die Polizei, der Sicherung unserer freiheitlichen Grundordnung. Seine Arbeit muß sich auf den Rückhalt aller Bürger stützen, die sich für freiheitlich demokratische Grundsätze einsetzen und keine Kompromisse mit Verfassungsfeinden schließen.

## ■ KOALITION

### Kernenergie-Eskapaden

**Die Stellungnahmen des Bundesforschungsministers Matthöfer zur Kernenergie in den letzten Jahren sind durch parteitaktisch motivierten Opportunismus geprägt. Seine jüngsten Äußerungen zur Nutzung der Kernenergie reihen sich in eine Politik ein, die nur Rücksicht auf vermeintliche Parteiinteressen nimmt.**

Das sind die regierungamtlichen Fakten: Im März 1977 hält die Bundesregierung die Nutzung der Kernenergie in ihrem „Energieprogramm“ für unverzichtbar; Verzögerungen würden zu gravierender Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren führen.

Im Juni 1977, bei der Energiedebatte des Deutschen Bundestages, wird die

#### Zitat des Tages

„Vornehmlich in Worten, aber auch schon in Handlungen findet in der SPD eine Art Bürgerkrieg statt...“

SPD-MdB Conrad Ahlers im Westberliner „Abend“ (2. August 1977)

Haltung vom März 1977 beibehalten, doch bei der Genehmigung von Kernkraftwerken etwas abgeschwächt.

Im August erklärt Matthöfer, übrigens derjenige Minister, der das meiste Steuergeld für die Förderung der Kernenergie ausgibt, daß alles, was er bisher vertreten hat, politisch nicht zu realisieren sei.

Es ist ein Skandal, mit welcher Verantwortungslosigkeit Matthöfer die Proble-

me der Nutzung der Kernenergie behandelt, erklärt hierzu MdB Christian Lenzer. Entweder ist er überzeugt von der bisherigen Meinung der Bundesregierung, dann sollte er auch in der SPD dafür kämpfen und nicht nur sein Männelchen nach dem Wind der angeblichen Parteimeinung hängen.

Geradezu abenteuerlich ist jedoch angesichts steigender Arbeitslosenzahlen die Ankündigung von Preiserhöhungen bei Strom und gewissen davon abhängigen Industriegütern. Statt dem deutschen Volk zuzumuten, für die Fehlentscheidungen von SPD und FDP auch noch zu bezahlen, sollte der Bundesforschungsminister eher sein Rücktrittsschreiben verfassen!

#### FDP mit zwei Programmen

Die FDP hat innerhalb weniger Tage zwei Grundsatzpapiere vorgelegt. Das Friderichs-Papier vermeidet zwar bereits das Wort Soziale Marktwirtschaft und signalisiert durch eine Reihe von Alternativ- und Ergänzungssätzen in eckigen Klammern Kompromißbereitschaft, es stützt sich aber in den Grundsätzen auf den Markt, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum. Das Papier der sog. Perspektivkommission hat marktwirtschaftliche Grundsätze verlassen. Der planenden und gestaltenden Tätigkeit des Staates komme wachsende Bedeutung zu. Es setzt auf den Sozialstaat mit allen Konsequenzen.

Damit ist auch programmatisch die Grenze zur SPD verschwunden. Der Mühe einer Abgrenzung nach Links unterzieht sich die Kommission nicht mehr. Von den herkömmlich als „liberal“ bezeichneten Auffassungen sind kaum noch Ansätze zu finden. Der tiefe und unüberbrückbare Graben in der Partei ist jetzt festgeschrieben. Die FDP wird mit zwei Programmen leben müs-

sen, nur mit zwei Programmen leben können!

## Entlarvend für die SPD

Auf dem Weg über ein Statutenverfahren bemüht sich die bayerische SPD derzeit, den ihr unbequemen 21jährigen Regensburger Studenten Hermann Mayer, der nicht nur Inhaber eines SPD-Mitgliedsbuches, sondern auch Schatzmeister des bayerischen Landesvorstandes des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) ist, aus der Mitgliedskartei zu tilgen. RCDS-Landesvorsitzender Heino von Winning: „Uns stört die SPD-Mitgliedschaft nicht.“ Eine Mitarbeit bei der Juso-Hochschulgruppe hatte Mayer mit dem Hinweis abgelehnt, die Nachwuchsorganisation der SPD würde an der Universität mit kommunistischen Organisationen paktieren.

Hierzu die „Welt“ in einem Kommentar:

*Mit Kommunisten kooperieren die Jusos und geben vor, diese Bündnisse hätten „prinzipiell den Charakter zur Durchsetzung bestimmter Teilziele“. Die Mitarbeit ihres Mitglieds Mayer im demokratischen RCDS aber ist der Partei Grund genug für einen Ausschluß.*

## Ein Dokument der Scheinheiligkeit

Lippenbekenntnisse zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte sind bei der SPD wohlfeil, stellt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Walter Althammer, fest. Wo es jedoch um die konkrete Verwirklichung der Menschenrechte in den Bereichen geht, die uns in jeder Hinsicht am nächsten liegen, tritt man auf leisen Sohlen den Rückzug an. In einer Studie der SPD-Bundestagsfrak-

tion zum Thema „Menschenrechte und Entspannung“, die als interne Argumentationshilfe gedacht ist, heißt es zum Beispiel, man dürfe der Sache der Menschenrechte keine „anti-kommunistische Stoßrichtung“ geben. Das heißt, daß der sovjetische Machtbereich, in dem die Menschenrechte am eklatantesten verletzt werden, tabuisiert werden soll. Denn, so heißt es weiter, die „Debatte über die Menschenrechte“ gefährde die Entspannungspolitik. Man dürfe um Gottes willen nichts tun, was „zu einer innenpolitischen Destabilisierung auf östlicher Seite“ führe. Und deshalb sei es falsch, „die Frage der Menschenrechte auf westlicher Seite zum Hauptthema der Belgrader Konferenz zu erheben“ und „Menschenrechtsverletzungen in kommunistisch regierten Staaten anzuklagen“. Die den SPD-Abgeordneten gegebenen Lehrsätze können des Moskauer Beifalls sicher sein.

## Solidarität mit KP-Freunden

Mit den drei Parteimitgliedern, Mechthild Jansen, Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), und den Professoren Gerhard Kade und Gerhard Stuby, die wegen ihrer aktiven Mitarbeit im kommunistisch gelenkten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ von der SPD mit einem Ausschlußverfahren bedroht sind, haben sich 2800 Sozialdemokraten und ganze Organisationsgruppierungen der SPD solidarisiert.

In Hamburg endete das Parteidrillingsverfahren der Landesschiedskommission gegen 56 zum linken Partiespektrum zählende Sozialdemokraten ohne Parteiausschlüsse. Das Verfahren gegen 44 Betroffene, darunter der Stamkop-Ideologe Albers, ist ausgesetzt worden.

## ■ STEUERN

# Mit dem Abbau der Überbesteuerung beginnen

**Die Union drängt weiter auf den Abbau der heimlichen Steuererhöhungen (s. auch UiD 28/77). Nachfolgend faßt der Vorsitzende des Arbeitskreises Haushalt, Steuern, Geld und Kredit der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, die Gründe hierfür zusammen und antwortet zugleich auf die Erklärungen der Regierungsseite in dieser Sache.**

**D**ie Bundesregierung hat sich geirrt. Sie glaubte, mit der Verabschiebung ihres „Steuerpaketes“, das überfällige Teilreparaturen am Steuerrecht und am Kindergeld mit dem wirtschaftspolitischen Fehlen der Anhebung der Mehrwertsteuer erkauft, für einige Zeit Ruhe an der Steuerfront zu haben. Doch der Druck der Überbesteuerung unserer Arbeitnehmer und Betriebe beläßt das Thema auf der Tagesordnung.

Finanzminister Apel war zudem ungeschickt genug, für das Wahljahr 1980 Steuererleichterungen in Aussicht zu stellen, kaum hatte er die Anhebung der Mehrwertsteuer beschließen lassen und damit einen Abbau der heimlichen Steuererhöhungen abgelehnt. Die Bundesregierung braucht sich jetzt nicht zu wundern, daß Forderungen auf Beseitigung der Überbesteuerung sie nicht mehr loslassen.

Steuerpolitische Aufgabe Nr. 1 bleibt es, die heimlichen Steuererhöhungen zu stoppen. Es ist unvertretbar, bis 1980

damit zu warten. Das Zusammenwirken von Inflation und Progression erfaßt immer mehr Einkommen- und Lohnsteuerzahler. Seit 1975, dem Inkrafttreten der sogenannten Steuerreform, hat sich die Progressionswirkung sogar noch verschärft, weil die Bundesregierung die gewaltigen Tarifsprünge von 0 auf 22 und von 22 auf 30,8 % durchgesetzt hatte. Ohne Steigerung der persönlichen Leistungskraft, allein aufgrund von nominellen Brutto-Gehaltserhöhungen, welche großenteils nur einen Inflationsausgleich darstellen, werden mehr und mehr Bürger immer stärker besteuert.

Der Netto-Anteil, den der Bürger auf die Hand bekommt, wird immer niedriger. Dies wird noch verschlimmert durch die ständige Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Durchschnittsbelaustung aller Arbeitnehmer belief sich 1970 noch auf 23 %. Sie wird 1977 rund 31 % erreichen. Noch ungünstiger hat sich die sogenannte Grenzbelastung entwickelt, welche für den Leistungswillen besonders wichtig ist. Dies ist der Teil, den der Staat von einer Mark Lohnerhöhung durchschnittlich einbehält. 1970 waren es erst 30 Pfennige, 1977 sind es rund 50 Pfennige. Beim Facharbeiter zwackt der Staat schon weit über die Hälfte einer Lohnerhöhung ab.

Dies führt zu dem alarmierenden Ergebnis, daß 1977 die Lohnsteuereingänge um etwa 15 % wachsen, während der Arbeitnehmer kaum die Hälfte, etwa

7 %, brutto mehr verdient, netto etwa 3,5 % und — dies bei 4 % Inflation und steigenden indirekten Steuern und Abgaben, welche vom Nettolohn zu bezahlen sind. Zugleich wachsen die Mittelschichten immer häufiger über die Einkommensgrenzen staatlicher Beihilfe hinaus, z. B. beim Wohngeld, bei den Sparprämien oder der Ausbildungsförderung. Gerade die Tüchtigen, die Aufsteiger kommen sich nicht selten als die Dummen vor. Ihr verfügbares Netto-Haushaltseinkommen ist in manchen Fällen niedriger als bei den anderen, welche sich ohne Arbeit unter legaler Ausnutzung aller staatlicher Beihilfen im Ergebnis besser stehen.

Die heimlichen Steuererhöhungen belaufen sich zur Zeit auf mindestens 5 Mrd. DM. Ohne Veränderung des Steuerrechts würde der Staat allein in den drei Jahren von 1977 bis 1979 15 bis 20 Mrd. DM einnehmen, welche ihm nur scheinbar zustehen.

Die CDU/CSU wird Vorschläge machen, um die heimlichen Steuererhöhungen abzubauen. Noch 1977 ist damit zu beginnen. Entsprechend dem Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eines 1. Gesetzes zum Abbau der Überbesteuerung der Arbeitnehmer und Betriebe ist vordringlich, für Weihnachten 1977 den Weihnachtsfreibetrag zu erhöhen. Anschließend muß unser Steuerrecht in weiteren Schritten von seiner Leistungs- und Investitionsfeindlichkeit befreit werden.

Schon bald dürfte die Mehrheit der Einkommen- und Lohnsteuerzahler den Sprung in die Steuerprogression vollzogen haben. Deshalb kommt die Einführung eines durchgehenden Progressionstarifs im Grunde schon zu spät. Ein durchgehender Tarif, der die Mittelschichten wirklich spürbar entlastet, müßte so großzügig angelegt sein, daß

er nicht bloß um 3 bis 4 Mrd. DM Ermäßigung bringt, sondern um rund 10 Mrd. DM.

Es könnte in mehreren Stufen der Eingangssteuersatz von 22 auf 20, 18 und 16 % und der Tarifsprung von 30,8 auf 27, 24 und 21 % gemildert und anschließend der durchgehende Progressionstarif, beginnend mit 16 %, eingeführt werden. Daneben sind die Freibeträge, z. B. für Arbeitnehmer, und die Sonderausgabenhöchstsätze an die Entwicklung anzupassen.

## **Wir dürfen nicht bis 1980 warten**

Auch beim Abbau der Übersteuerung der Betriebe können wir nicht bis 1980 warten. Betriebliche Investitionen dürfen nicht durch überzogene Abgabenbelastung verhindert werden. Der Staat selber wird die notwendige Anhebung seines eigenen, öffentlichen Investitionsanteils nicht erreichen, indem er die dynamischen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft bremst oder gar abwürgt, sondern indem er bei den konsumtiven Ausgaben konsequent spart.

Entsprechend dem letzten Gutachten des Sachverständigenrates kommt z. B. die Verbesserung der Abschreibungen zur Förderung der Investitionstätigkeit und die Heraufsetzung der Investitionszulagen sowie die Wiedereinführung für Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in Betracht. Außerdem fordern die Sachverständigen zu Recht den Abbau der Gewerbesteuer, welche „unnötigen Schaden stiftet“ Vorrangig sollte sein der Abbau der ertragsunabhängigen Gewerbekapitalsteuer, einer Anti-Investitionssteuer, und der Lohnsummensteuer, einer Anti-Beschäftigungssteuer.

## ■ NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

# Das sind die Gründe für die Kündigung des Staatsvertrages

**Die Ankündigung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, den Staatsvertrag über den NDR im nächsten Jahr zur vorgesehenen Frist zu kündigen, hat ein ungewöhnlich starkes und vielfältiges Echo ausgelöst. Dabei werden in der Bewertung des Beschlusses manche Widersprüche sichtbar. Nachfolgend gibt Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg eine Zusammenfassung der Gründe für diese Ankündigung und der möglichen künftigen Entwicklungen (Aus: Die Zeit, 29. 7. 1977).**

**N**iemand kann ernsthaft bestreiten, daß die finanzielle Lage des NDR Anlaß zu erheblicher Beunruhigung bietet. „Für ein gewöhnliches Unternehmen wäre das Spiel aus bei diesen Daten“, heißt es in der „Zeit“. „Ein Kaufmann würde in vergleichbarer Situation unverzügliche und drastische Sanierungsmaßnahmen einleiten müssen“, erklärte der zuständige Hamburger Rechnungshof in seinem letzten Bericht.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich seit 1974 in vielfältigen Kontakten intern um die erforderlichen Sanierungsbeschlüsse bemüht. Damals wandte sich der Intendant schriftlich an die Staatsvertragsländer mit der Bitte um die Gewährung von Landesbürgschaften für Kredite. Auf meinen Vor-

schlag hin haben die drei Regierungschefs empfohlen, durch eine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung der Rechnungshöfe die Voraussetzungen für eine Sanierung zu schaffen. Dies wurde von dem Intendanten abgelehnt. Er stellte sogar in Frage, ob das Ergebnis derartiger Prüfungen überhaupt den Vertragsländern zur Kenntnis gebracht werden könne. Erst 1977 hat die Anstalt einen eingegrenzten Prüfungsauftrag erteilt, dessen Ergebnisse uns nicht befriedigen können.

Eine grundlegende Neuregelung muß nach dem Beispiel anderer Rundfunkanstalten den Rechnungshöfen ein umfassendes Prüfungsrecht und den Landesregierungen und Parlamenten entsprechende Informationsmöglichkeiten geben. Ohne unsere Entscheidung, den Staatsvertrag zu kündigen, hätten wir die überfällige öffentliche Debatte über Sofortmaßnahmen zur Abwendung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des NDR nicht in Gang gebracht.

Es wird auch in einigen Artikeln der „Zeit“ nicht bestritten, daß die Verpflichtung zur Ausgewogenheit und Unparteilichkeit in einzelnen wichtigen Programmberäichen des NDR ständig verletzt wird. Ich habe es immer abgelehnt, negative Pauschalurteile über das Programm der Anstalt abzugeben, und dies am 14. Juli erneut vor dem schleswig-holsteinischen Landtag deutlich gemacht. Es heißt in der Regierungserklärung u. a.:

„Das Programm wird durch eine große Zahl von Mitarbeitern gestaltet. Ich betone gern, daß die meisten von ihnen gute journalistische oder künstlerische Arbeit im Sinne des Staatsvertrages leisten. Der größere Teil der Sendungen des NDR steht fraglos im Einklang mit dem Programmauftrag ... Die Kritik am NDR und der Zweifel, ob sein Programm überall den genannten Grundsätzen im Staatsvertrag gerecht wird, erstrecken sich vor allem auf im weitesten Sinn politische Sendungen, wozu auch die Musiksendungen mit den politischen Zwischentexten mancher Redakteure zu rechnen sind, sowie auf einseitig vom Marxismus geprägte sogenannte Kultursendungen vor allem im 3. Rundfunkprogramm.“

In derselben Rede finden sich konkrete Vorschläge, wie in neuen rundfunkgesetzlichen oder staatsvertraglichen Regelungen die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Normen für Ausgewogenheit und Fairneß in der Berichterstattung wirksamer verankert werden können. Dies schließt pointierte Meinungsäußerungen und kritische Analysen natürlich überhaupt nicht aus.

Die einseitige Politisierung weniger Bereiche des NDR ist weit fortgeschritten. Es ist wenig überzeugend, wenn dies jetzt ausgerechnet von der politischen und publizistischen Linken beklagt wird, die jahrelang diese Entwicklung gefördert und verteidigt hat.

Die öffentlich-rechtlichen Monopolanstalten des Rundfunks und Fernsehens sind zu einem gewaltigen Machtfaktor geworden. Es wird deshalb immer Versuchungen für politische und gesellschaftliche Kräfte geben, ihren besonderen Einfluß auszubauen. Aber die Existenzgrundlage öffentlich-rechtlicher Monopolanstalten beruht auf der Ent-

schlossenheit ihrer Spitzen, den Konsens der tragenden demokratischen Kräfte zu erhalten und extrem einseitige Entwicklungen zu vermeiden. Dieses Gebot ist beim NDR seit den ausgehenden sechziger Jahren trotz eindringlicher Hinweise mehrfach verletzt worden.

Die geltenden rechtlichen Bestimmungen sind zudem in einem dritten Punkt unzulänglich. Nach dem Bericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems und den vorliegenden Plänen mehrerer Rundfunkanstalten — auch der NDR hat hierzu einen Vorschlag vorgelegt — sollen in absehbarer Zeit Pilotprojekte für das sogenannte Kabelfernsehen eingeleitet werden. Hier erfolgt eine Weichenstellung von grundsätzlicher Bedeutung, weil es um Fernsehsendungen im lokalen und regionalen Bereich geht, von denen die Existenz vieler Heimatzeitungen berührt wird.

Wir sind aus wettbewerbs- und ordnungspolitischen Gründen der Überzeugung, daß vor allem den Verlegern unserer Heimatzeitungen die Möglichkeit zur maßgeblichen Beteiligung am regionalen Kabelfernsehen eröffnet werden muß. Damit stellen wir nicht die Existenz der öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in Frage. Aber wir wollen keine weitere Ausdehnung ihres Monopols auf neue Bereiche, sondern wünschen uns Wettbewerb zwischen verschiedenen Trägern im Interesse der Meinungsvielfalt und der Zuschauer.

Wenn eine grundlegende Reform jedoch nicht erreichbar ist, wollen wir uns um neue Organisationsformen des Rundfunks in Norddeutschland bemühen.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Schriften zur Grundsatzarbeit

Vom 22. bis 24. September veranstaltet die CDU in Berlin das Grundsatzforum. Gleichzeitig beschäftigen sich zahlreiche CDU-Verbände in Arbeitskreisen mit Grundsatzfragen. Bis zum Bundesparteitag 1978, auf dem die Beschußfassung erfolgen wird, soll die Arbeit der CDU-Verbände noch erweitert werden. Mit Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen und unter der Mitwirkung einer breiten Schicht der CDU-Mitglieder wird die endgültige Fassung entstehen.

Zwei Veröffentlichungen, die diese Arbeit besonders unterstützen, sollen hier erwähnt werden:

Neu in der Schriftenreihe „Zum Thema“

### **Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit — Unterschiede im Grundwertverständnis von CDU und SPD**

Preis: 33,— DM pro 100 Exemplare

Mindestabnahme: 100 Exemplare

**Bestell-Nr.: 5773**

### **Entwurf für ein Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands**

vorgelegt von der Grundsatzprogrammkommission der CDU.

Preis: 25,— DM pro 100 Exemplare

Mindestabnahme: 100 Exemplare

**Bestell-Nr.: 5479**

## **Gedenkfeier zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms**

### **Eine Veröffentlichung als Beitrag zur Parteigeschichte**

Neben den Düsseldorfer Leitsätzen ist das im Jahre 1947 verabschiedete Ahlener Programm das wichtigste Programm-Dokument aus der Gründungsphase der CDU. Es hat die Entwicklung und die Programmdiskussion der Partei nachhaltig beeinflußt.

Die Gedenkfeier zum 30. Jahrestag hat Antworten auf die Fragen der heutigen Deutung gegeben; Bleibendes ist von Überholtem getrennt, und damit hat die Gedenkfeier entscheidend zur Klärung der Diskussion beigetragen.

Die Veröffentlichung enthält den Wortlaut der Gedenkfeier. Es sind Beiträge von Helmut Kohl, Heinrich Windelen, Herbert Faust, Josef Kannengießer und Adolf Müller (Remscheid).

### **Gedenkfeier zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms.**

Preis: 37,— DM pro 20 Exemplare

Mindestabnahme: 20 Exemplare

**Bestell-Nr.: 3772**

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen direkt an das

IS-Versandzentrum

Postfach 66 66

4830 Gütersloh 1

Telex 9 33 753 iserv d

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 DX  
GEBÜHR BEZAHLT

## TERMINES

- 15. 8. LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
- 26. 8. CDU Niedersachsen, KPV, Delegiertenversammlung, Wallenhorst
- 27. 8. LV Baden-Württemberg, Mittelstandsvereinigung, Landesmittelstandstag, Ravensburg
- 29. 8. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
- 1. 9. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
- 1. 9. LV Rheinland, Geschäftsführender Landesvorstand, Düsseldorf
- 2. 9. LV Rheinland, Landesvorstand, Köln
- 2. 9. LV Berlin, Landesausschuß, Berlin
- 2. 9. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Bundesvorstand, Rhöndorf
- 2. 9. **CDU — Bund**, BFA „Außenpolitik“ Bonn
- 2./3. 9. **JU — Bund**, Bundesvorstand
- 4. 9. LV Hessen, UdV, Landestagung, Gießen
- 5. 9. LV Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Mainz
- 7. 9. **CDU — Bund**, Landesgeschäfts-führerkonferenz, Bonn
- 8. 9. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**, Vorstand, Bonn
- 9. 9. LV Westfalen-Lippe, Landesvorstand, Dortmund

- 10. 9. LV Rheinland, EAK, Landestagung, Neuss
- 10. 9. CDU Niedersachsen, Landespartei>tag, Emden
- 10. 9. LV Schleswig-Holstein, Sozialaus-schüsse, Landesausschuß, Neumünster
- 10. 9. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Bundeshauptausschuß, Bonn
- 12. 9. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
- 12. 9. **CDU — Bund**, Bundesvorstand, Bonn
- 14. 9. LV Rheinland, Mittelstandsvereini-gung, 16. Rheinischer Mittelstands-tag, Essen
- 16. 9. **KPV d. CDU/CSU — Bund**, Bundesvorstand und Haupt-ausschuß, Frankfurt
- 16./17. 9. LV Baden-Württemberg, Sozialaus-schüsse, Landestag, Reutlingen
- 17. 9. LV Rheinland-Pfalz, Frauenvereini-gung, Landestag, Mainz
- 17. 9. LV Hessen, Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Hanau
- 17. 9. JU Rheinland-Pfalz, Landestag, Kröv
- 19. 9. LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
- 19. 9. LV Bremen, Landesvorstand, Bremen
- 21. 9. LV Bremen, Landesausschuß, Bremen
- 21. 9. LV Rheinland-Pfalz, Landesaus-schuß, Mainz

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bank-verbindung: Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. Abonne-mentspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UID**